



# Berlin aktuell

**GuntherKrichbaum**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für  
Pforzheim und den Enzkreis

## Unionsfraktion ehrt zwei prägende Politiker

Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble

Aus Anlass des 30. Jahrestages seiner ersten Wahl zum Bundeskanzler nahm an diesem Dienstag **Helmut Kohl** an der Fraktionssitzung teil. Am 1. Oktober 1982 wählte der Deutsche Bundestag durch ein konstruktives Misstrauensvotum Helmut Kohl zum Bundeskanzler, nachdem sich die FDP entschlossen hatte, die Koalition mit der SPD zu beenden. Damals litt das Land unter hoher Arbeitslosigkeit, einer enormen Staatsquote und unter schwachem Wirtschaftswachstum. Die Menschen wollten einen Neuanfang und haben dies ein halbes Jahr später bei der Bundestagswahl 1983 eindrucksvoll unterstrichen. Unter Führung von Helmut Kohl hat die neue christlich-liberale Koalition die Politik des Landes neu ausgerichtet: Zurück zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, Stabilisierung der Sozialbeiträge und Sanierung des Staatshaushalts waren wichtige Stichworte. Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft wurden wieder miteinander verbunden. Außenpolitisch hat Helmut Kohl die Bundesrepublik Deutschland wieder fest in der westlichen Werte- und Sicherheitsgemeinschaft verankert. Frieden und Freiheit gehörten für ihn immer untrennbar zusammen. Sein Festhalten am NATO-Doppelbeschluss wird heute auch von damaligen Gegnern als richtig bezeichnet. Genauso unbeirrt hat Helmut Kohl am Ziel der Einheit Deutschlands festgehalten – auch und gerade in einer Zeit, als SPD und SED in Ost-Berlin gemeinsam Grundwerte ausloteten. Helmut Kohl dagegen hat Klartext gesprochen, erinnern wir uns nur an seine Rede beim Honecker-Besuch in Bonn 1987. Und Helmut Kohl war es, der unbeirrt und zielstrebig die historische Chance zur glücklichen Wiedervereinigung unseres Landes ergriff. Zu Recht ist er daher der „Kanzler der Einheit“. Helmut Kohl konnte die Einheit Deutschlands bei unseren Nachbarn und Partnern auch deswegen vermitteln, weil er von Beginn seiner Kanzlerschaft an deutsche Politik immer in die Zusammenhänge unserer europäischen Nachbarschaft eingebettet hat. Deutschland kann nur in und mit Europa gelingen, nie gegen Europa. Die Weiterentwicklung des von Konrad Adenauer angelegten europäischen Einigungswerks war ein unverzichtbarer Teil seiner Friedenspolitik. Nach der Aussöhnung mit Frankreich war für ihn die Aufnahme und Integration unserer mittel-, ost- und südost-europäischen Nachbarn in die EU selbstverständlich. Er wusste: Die deutsche Einigung und die europäische Einigung sind zwei Seiten der selben Medaille. Eng mit Helmut Kohl, dem „Ehrenbürger Europas“, verknüpft sind die Schaffung des Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion bis hin zur Einführung des Euro.

Ein weiterer Vordenker der Europäischen Integration wurde an diesem Mittwoch gewürdigt. Die CDU/CSU-Fraktion lud aus Anlass des 70. Geburtstages von **Wolfgang Schäuble** zum Empfang in das Deutsche Theater. Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete Schäuble, der auch bereits 40 Jahre als Abgeordneter im Deutschen Bundestag sitzt, als Diener der deutschen Politik und des deutschen Volkes. „Ohne Sie sähe unser Land anders aus“, sagte Merkel. Die Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, würdigte den Jubilar mit den Worten: "Europa hat eine Seele, aber Europa hat auch ein Herz – und das schlägt in Wolfgang Schäuble." Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder nannte Schäuble eine außergewöhnliche Persönlichkeit mit einem immensen Erfahrungsschatz. Gleichzeitig sei der Finanzminister ein ausgesprochener Liebhaber von Kunst, Theater und Musik. Damit begründete Kauder auch die Wahl des Ortes und das kunstvolle Rahmenprogramm der Matinee. Der Theaterschauspieler Ulrich Matthes las für Schäuble „Die Bürgschaft“ von Friedrich von Schiller und den Essay „Berlin! Berlin!“ von Kurt Tucholsky, der schon 1919 wusste, dass „der Berliner ein Sklave seines Apparats ist“, an dem das Leben vorbeigehe. Das Hornquartett der Berliner Philharmoniker brachte dem Finanzminister ein Geburtstagsständchen. Schäuble zeigte sich gerührt. Im politischen Leben helfe die Kunst, Maßstäbe zu gewinnen, sagte er. Zur Matinee kamen mit der Bundeskanzlerin fast alle Kabinettsmitglieder, Spitzenpolitiker von Koalition und Opposition sowie Altbundespräsident Richard von Weizsäcker. Seine Familie,

politische Wegbegleiter und Freunde nahmen ebenfalls an der Festveranstaltung mit anschließendem Empfang teil. Angela Merkel sagte, Schäuble habe deutsche und europäische Politik an maßgeblicher Stelle gestaltet. Er sei ein Mensch, der seine Überzeugung lebe, der sich Unabhängigkeit und innere Freiheit bewahrt habe. Da er schon seine elfte Legislaturperiode im Bundestag verbringe, verkörpere er inzwischen das „Langzeitgedächtnis der Republik“. Sie ließ Stationen seines Wirkens als Chef des Bundeskanzleramts, als Bundesinnenminister und schließlich als Bundesfinanzminister Revue passieren. Schäuble hatte im Laufe seiner politischen Karriere nicht nur Regierungsgäme inne, sondern prägte auch Partei und Fraktion, zunächst als parlamentarischer Geschäftsführer, dann als Fraktionsvorsitzender und als Parteivorsitzender. Bis heute ist er Mitglied im Präsidium und Vorstand der CDU. 2013 will er erneut für den Bundestag kandidieren. Schon als Jugendlicher habe er sich für Politik interessiert und sich für die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens eingesetzt, sagte Schäuble in seiner Dankesrede. Auch mit 70 könne er noch sagen, dass ihm die Politik „Freude macht“. Dass er ein glücklicher Mensch geblieben sei, habe er aber vor allem seiner Frau und seinen Töchtern zu verdanken, fügte er hinzu.

### **Bericht zum Stand der deutschen Einheit**

Der vom Kabinett zuvor beschlossene Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2012 stand im Mittelpunkt der Regierungsbefragung an diesem Mittwoch. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, der den Bericht im Plenum des Bundestages vorstellte, bezeichnete vor allem die gesunkene Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern als erfreulich – auch wenn die Arbeitslosenquote dort noch deutlich über dem Niveau in den alten Ländern liege, wie er einräumte. Ostdeutschland habe noch wirtschaftlichen Nachholbedarf – dennoch könne man die ostdeutschen Bundesländer nicht mehr über einen Kamm scheren: "Es gibt dort sowohl Boom-Regionen als auch wirtschaftlich schwache Regionen." Trotzdem zeige der Bericht, dass ostdeutsche Unternehmen im Hinblick auf die Innovationsfähigkeit hinterherhinken, so der Minister. "Die Wirtschaft in den neuen Bundesländern ist kleinteiliger", sagte Friedrich. Dies wirke sich negativ auf die Innovationsfähigkeit der Unternehmen aus. "Sie brauchen und sie bekommen deshalb auch weiterhin Unterstützung." Insgesamt sehe er Ostdeutschland aber auf einem guten Weg in Richtung "Angleichung". Die Schwankungen im Bruttoinlandsprodukt seien vor allem darin begründet, dass die alten Bundesländer von der Wirtschaftskrise stärker betroffen gewesen seien – und sich danach wieder stärker erholt hätten.

### **Mietrechtsänderung für die Energiewende**

Die Modernisierung von Mietwohnungen zum Zwecke der Energieeinsparung soll künftig erleichtert werden. Der Bundestag beriet am Donnerstag in erster Lesung über eine entsprechende Gesetzesänderung. Um einen Anreiz für die energetische Modernisierung zu schaffen, wird der Anspruch des Mieters auf Mietminderung bei Sanierungsmaßnahmen in den ersten drei Monaten begrenzt. Die Mietminderungsansprüche der Mieter sind eine große Hürde für Vermieter, die die Sanierung ihres Hauses in Angriff nehmen wollten. 40 Prozent des Endenergieverbrauchs und ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen entstehen in Gebäuden.

Teil der Mietrechtsänderung ist darüber hinaus der Schutz des Vermieters vor Mietbetrügern. Denn dieser ist für private Vermieter bislang schlicht unzureichend. Daher strebt die Koalition an, die Räumungsklagen in diesen Fällen zu beschleunigen. Wohnungseigentum muss nichts mit großem Reichtum zu tun haben. Private Vermieter müssten daher ihren finanziellen Schaden begrenzen können.

Zum Schutz von Mietern vor Eigenbedarfskündigungen wird eine Lücke im Gesetz geschlossen, die es Vermietern bislang ermöglichte, in bestimmten Fallkonstellationen bei der Umwandlung vermieteter Wohnungen in Eigentumswohnungen den Kündigungsschutz zu umgehen. Dies wird zukünftig verhindert.